Politische Rundschau.

Deutschland.

* Der Kaiser hat am Freitag abend in der Kriegsakademie zu Berlin vor der Militärischen Gesellschaft einen Vortrag gehalten, und zwar über „Die Notwendigkeit des Zusammenwirkens von Heer und Flotte mit Berücksichtigung des chinesisch-japanischen Krieges.“ Zu dem Vortrag war eine größere Anzahl aktiver Offiziere der Armee und der Marine befohlen worden.

* Wie die ‚D. Warte‘ mitteilt, hat sich der Kaiser am Montag früh durch Vermittelung des Reichsjustizsekretärs die Protokolle über die bisherigen Beratungen der sogenannten „Umsturz-Kommission“ und die bis jetzt gewonnenen Resultate vorlegen lassen und ein Gutachten über die von der Kommission beschlossenen neuen Erweiterungen, insbesondere aber die Einfügung des Zweikampfs unter diejenigen Vergehen, deren Anziehung oder öffentliche Billigung Gefängnisstrafe nach sich zieht, erfordert.

* Der ‚Reichs-Anz.‘ veröffentlicht die Verordnung betr. das am 1. April d. erfolgende völlige Inkrafttreten der auf die Sonntagsruhe bezüglichen Bestimmungen der Gewerbeordnungsnovelle vom 1. Juni 1891.

* Es verlautet, daß Major v. Wißmann für den Gouverneurposten in Deutsch-Ostafrika in Aussicht genommen sei und möglicherweise schon in nächster Zeit diese Stellung antreten werde. Ob es sich um mehr als um eine Vermutung bei dieser, angeblich von informierter Seite stammenden Mitteilung handelt, bleibt dahingestellt.

* Zur Torpedoausbildung werden im Etatsjahr 1895/96 1 Schulschiff, 7 Torpedoboote und 1 Aviso verwendet werden, und zwar werden diese Schiffe, mit Ausnahme des Avisos, der nur drei Monate in Dienst gehalten wird, während des ganzen Jahres dienstbereit sein.

* Die Zahl der Bundesstaaten, die durch den Bedarf an durch Ueberweisungen nicht gedeckten Matrikularumlagen zu einer Erhöhung ihrer Steuern genötigt sind, wächst immer mehr. Dem Vorgange Hamburgs, Badens, Sachsen-Weimars ꝛc. ist nunmehr auch das Königreich Sachsen gefolgt. Hier ist ein Zuschlag von 10 Prozent zur Einkommensteuer vorgesehen, nachdem diese selbst bereits durch stärkere Heranziehung der größeren Einkommen ertragreicher gemacht war.

* Wie man in parlamentarischen Kreisen mitteilt, ist die Regierung bereit, auf eine Revision der Währungsverhältnisse einzugehen, wenn sich für die geplante Aenderung eine Mehrheit im Hause findet. Eine solche wird sich allerdings schwerlich finden.

* Ueber die Aussichten des Gesetzentwurfs betr. die Abänderung der Strafprozeßordnung und des Gerichtsverfassungsgesetzes wird dem ‚Hann. Cour.‘ aus Berlin geschrieben, daß, wenn die Mehrheit des Reichstages darauf bestehen sollte, daß nicht drei, sondern fünf Richter in den Kammern sitzen, die verbündeten Regierungen auf die Durchberatung der Vorlage kaum noch Gewicht legen würden. Sie würden sie in diesem Falle als abgelehnt ansehen.

* Die Stimmenzahlen der einzelnen Parteien bei den württembergischen Landtagswahlen vom 1. Februar stellten sich folgendermaßen: Volkspartei etwa 95 000, Zentrum 67 300, Deutsche Partei 54 800, Sozialdemokraten 32 100, Parteilos 19 300, Landespartei 11 500, Konservative 5000. Die Stichwahlen finden, wie bekannt, teils am 14., teils am 15. Februar statt; in Stuttgart ist die Stichwahl auf 15. Februar festgesetzt. Während diesmal 26 Stichwahlen stattzufinden haben, betrug bei den Landtagswahlen im Jahre 1888 die Zahl der Stichwahlen nur vier.

Oesterreich-Ungarn.

* Der böhmische Landtag nahm einen Antrag an, in dem die Regierung aufgefordert wird, die Ausarbeitung eines Generalprojektes für die Schiffbarmachung der Moldau von Prag bis Malnik und der Elbe von Malnik bis Aussig zu beschleunigen und den notwendigen Aufwand in verpachtungsmäßigem Wege in nächster Zeit zu beschaffen.

Frankreich.

* Die Abteilungen der Kammer ernannten eine Kommission von 33 Mitgliedern, um die Beteiligung des früheren Ministers Rayal an den Eisenbahnverträgen zu untersuchen. 30 Mitglieder der Kommission sind dafür, die Untersuchung lediglich auf das Verhalten Raynals und nicht auf die Verträge selbst zu erstrecken; nur die drei übrigen Mitglieder möchten eine allgemeine Untersuchung über die Verträge eröffnet sehen, wie sie von den Radikalen verlangt wird.

England.

* Gleich nach der Eröffnung des Parlaments machten die sozialistischen Abgeordneten einen Vorstoß. Sie erließen ein Manifest, worin sie bitter beklagten, daß in der Thronrede mit keinem Wort der Arbeitslosen gedacht sei. In der Adreßdebatte ging es bereits heiß her und man ist der Meinung, daß sich das Ministerium Rosebery nicht wird halten können.

Italien.

* König Humbert sandte dem Brigade-General Baratieri eine Depesche, in der er ihm die Ernennung zum Divisions-General anzeigt. Der König fügt hinzu, er wolle durch die außerordentliche Beförderung seine und der Nation Dankbarkeit ausdrücken für den Ruhm, den Baratieri durch die Siege in Afrika für das Vaterland und das italienische Heer erworben habe.

Rußland.

* Es verlautet, daß die Kommission, die mit der Untersuchung der Amtsgebahrung des gewesenen Verkehrsministers Kriwoschein betraut wurde, vielfache Unregelmäßigkeiten und Ungesetzlichkeiten konstatiert habe. Bestätigt sich dies, dann wird sich wohl Kriwoschein vor einem höheren Gerichtshofe zu verantworten haben.

Balkanstaaten.

* Tschebinatz, der in dem letzten serbischen Hochverratsprozesse den Angeber spielte, ließ sich zum Gerichtspräsidenten führen und machte demselben neue Enthüllungen über eine Verschwörung gegen den König. (Die ersten Angaben klangen schon erlogen, auf Grund deren der Prozeß geführt wurde.)

Amerika.

* Die Regierung der Ver. Staaten hat bekanntlich einen dem englisch-japanischen entsprechenden Vertrag mit Japan über die Einwanderung, die Gerichtsbarkeit über die Eingewanderten ꝛc. geschlossen. Es scheint jedoch, als ob derselbe vorsichtshalber zunächst nur auf Probe in Kraft treten sollte, da auch von den in Japan ansässigen Amerikanern gegen ihre beabsichtigte Unterstellung unter japanische Gerichtsbarkeit Verwahrung eingelegt wurde. Wie aus Washington gemeldet wird, hat der Senat den Vertrag mit Japan dahin abgeändert, daß er ein Jahr nach seinem Inkrafttreten und nach vorheriger Anzeige außer Kraft gesetzt werden kann. Man versichert, diese Aenderung würde von Japan gutgeheißen werden.

Asien.

* Mit der chinesischen Flotte scheint es zu Ende zu gehen. Nach einer amtlichen Depesche liegen acht große chinesische Kriegsschiffe eingeschlossen im Hafen von Wei-hai-wei zwischen der Stadt und der Insel Liu-kung-tau. Auch eine Anzahl anderer Schiffe befindet sich im Golfe. Sämtliche noch in der Nähe der Küste ankernden Leichterschiffe wurden von dem Feinde in Brand gesteckt.

Australien.

* Wie früher Neuseeland, so hat jetzt auch Südaustralien einer Vorlage die parlamentarische Sanktion erteilt, die das Wahlrecht auf weibliche Personen ausdehnt. Das südaustralische Gesetz unterscheidet sich jedoch in einem wesentlichen Punkt von dem in Neuseeland geltenden. Denn während in Neuseeland der weibliche Teil der Bevölkerung, ausgenommen bei Gemeindewahlen, ausschließlich das aktive Wahlrecht besitzt, können in Südaustralien Frauen künftighin nicht allein wählen, sondern sich selbst auch als Kandidatinnen aufstellen lassen. Wie das Experiment ausfällt, muß man abwarten.

Deutscher Reichstag.

Am Donnerstag wird die Besprechung der Interpellation Hitze fortgesetzt. Abg. Schneider (frs. Vp.): Seine Partei stehe auf dem Standpunkt, wenn mit der Organisation der Handwerker und Gewerbetreibenden vorgegangen werde, könne man mit der Organisation der Arbeiter nicht länger warten. Auch wenn keine obligatorische Organisation der Arbeiter stattfinde, wenn man mit Arbeiterkammern noch zögern wolle, so könne man die Berufsvereine schon sehr fördern und leistungsfähig gestalten. Dieselben haben einen Anspruch darauf, gesetzlich anerkannt zu werden und dadurch ihre wirtschaftliche Basis sicher zu stellen, anstatt wie bisher nur zu vegetieren. — Abg. Rettich (kons.): Die Interpellation verlange eine Erweiterung der Arbeitervertretungen. Der Abg. Möller habe recht, daß die Arbeiterorganisation aus der Arbeiterschutzgesetzgebung herzuleiten sei. Die Gefahr des sozialistischen Einflusses liege hierbei vor; es sei der Sozialdemokratie bereits gelungen, sich einen Teil der Gewerkvereine dienstbar zu machen. Seine Partei stehe auf dem Standpunkt, daß nur solche Organisationen möglich seien, die Arbeiter und Arbeitgeber vereinigten. — Abg. Roesicke (wildlib.), der vorausschickt, nur für seine Person zu sprechen, fügt zu den Aufgaben der Arbeiterorganisationen, die der Abg. Hitze bezeichnet hatte, noch diejenige hinzu, für die Fachbildung der Arbeiter zu sorgen. Das Koalitionsrecht dürfe in keiner Weise geschmälert werden; um es auszuüben, müsse man der gesetzlichen Organisation zustimmen. Die Sozialdemokratie bedürfe einer solchen zu ihrer Organisation nicht, sie sei bereits organisiert, besser als jede andere Partei. Auch die bürgerlichen Parteien hätten sich ihre Rechte Stück für Stück erkämpfen müssen, also müsse es auch den Arbeitern gestattet sein. Redner streifte auch den Berliner Bierboykott und hob hervor, daß, wenn eine gesetzlich anerkannte Brauereiarbeitervereinigung vorhanden gewesen wäre, die Sozialdemokratie nicht die Leitung des Bierboykotts hätte in die Hände bekommen können. — Abg. Lieber (Zentr.): Herr v. Berlepsch ist stets ein aufrichtiger Vorkämpfer der Sozialreform gewesen. Er wird sich nicht selbst untreu werden. Ich glaube, der Minister hat nur gesagt: Die Haltung der Sozialdemokratie erschwert die Fortarbeit am Reformwerk. Das ist wahr. Es würde aber die Sozialdemokratie nichts mehr fördern, als wenn die Ansicht sich verbreitete, es gehe mit der Sozialreform nicht weiter. Daher haben wir unsere Anfrage gestellt. Von unserer Stellung, oder wie Herr Fischer sagt, unserm „Umfall“ in der Umsturzkommission ist die Anfrage nicht beeinflußt, wir wollen nur betonen, daß, wenn besondere Maßnahmen gegen den Umsturz getroffen werden, auch im positiven Reformwerk fortgeschritten werden muß. — Handelsminister v. Berlepsch betont, daß er am Tage vorher nicht gesagt habe, auf dem Gebiete der Sozialreform müsse vorläufig Ruhe herrschen. Diese werde in der Weise fortgeführt werden, wie eingeleitet sei, selbstverständlich unter Wahrung des Standpunktes, daß die deutsche Industrie auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig bleibe. Auch müsse die Regierung bei jedem Gesetz prüfen, ob durch dasselbe nicht die Machtmittel der Sozialdemokratie vermehrt würden. — Abg. v. Stumm: Ich war der erste, der 1863, als es kaum Sozialdemokraten gab, Versicherung und Invalidätsversorgung der Arbeiter verlangte. Jetzt will man mich als einen Tyrannen darstellen. Heute beneidet uns ganz Europa um unsere soziale Gesetzgebung. Nachdem die kaiserl. Erlasse veröffentlicht waren, wurde der Staatsrat einberufen, die Vorlagen kamen aus ihm zum Reichstag und wurden Gesetz. Damit sind zeitlich die kaiserl. Erlasse heute ausgeführt. Ich halte die Arbeiterausschüsse für eine genügende Organisation; damit will ich nicht sagen, daß man nicht noch andere Organisationen schaffen könnte. Ich bin gern bereit dabei mitzuarbeiten, z. B. kann man die Arbeiter in die Berufsgenossenschaften einfügen. Jeden Eingriff in das persönliche Verhältnis des Arbeiters und Arbeitgebers aber halte ich für verderblich. Dem Abg. Röficke warf Redner Kapitulation vor der Sozialdemokratie im Berliner Bierboykott vor. — Abg. Möller (Waldenburg soz.) wendet sich gegen den Abg. Lieber. Auf die kaiserl. Erlasse eingehend, meinte Redner, sie seien für die Katze; weshalb er vom Präsidenten zur Ordnung gerufen wird.

Die Besprechung der Interpellation Hitze wird am Freitag fortgesetzt. Abg. Frhr. Heyl zu Herrnsheim (nat.-lib.): Auch wir erkennen die Thätigkeit der Gewerbegerichte an, können aber nicht mit dem Abg. Röficke für einseitige Vertretung der Arbeiter stimmen. Für Berufsgenossenschaften sind wir auch, wenigstens die Mehrzahl meiner Parteigenossen. Wir wollen in der Reform keinen Stillstand; auf dem Wege der Berufsgenossenschaften sind wir vielmehr bereit weiterzugehen. Die heutigen Versicherungsgesetze genügen uns nicht; für die Witwen und Waisen muß auch gesorgt werden. Mit Herrn Hitze kann ich aber leider nicht gehen, denn er will die Arbeitgeber ausschließen. Die Regierung würde durch Gewährung von Arbeiterkammern daher z. B. der sozialistischen Strömung finanziell und moralisch Vorschub leisten. Ich bin für Einführung des sog. Wartegeldes, das den Arbeitern über Krisen hinweghilft. Das Umsturzgesetz richtet sich gar nicht gegen die Arbeiter, es wird ihnen vielmehr Ruhe vor Verhetzungen und Schutz ihrer sittlichen Grundlagen sichern. Eine richtige nationale Sozialpolitik in Verbindung mit einer nationalen Handelspolitik ist unser Heil. — Abg. Hüpeden (kons.): Meine Partei steht auf dem Boden der kaiserl. Botschaft von 1881. Die Reform ist nicht abgeschlossen, aber heute ist es nicht an der Zeit, dem Hitzeschen Antrag Folge zu geben. Wir sind auch für Vorsicht, man darf aber mit der Rücksichtnahme gegen diese Herren hier (auf die Sozialdemokraten weisend) nicht zu weit gehen. Die legen Ihnen doch alles als Egoismus aus. „Alles, sagen sie, kommt uns zu Gute.“ Geben Sie auch den besseren Kreisen der Arbeiter die Möglichkeit, zu Wort zu kommen, dann werden Sie die Leute von dem „Zukunftsschwindel“ abbringen. Ich frage: Wie lange will die Regierung noch warten, bis sie die vom Kaiser versprochene Organisation gibt? Das Warten ist, fürchte ich, verderblich. Die Umsturzvorlage ist ein notwendiges Uebel, wie die elterliche Züchtigung in der Erziehung. Sie ist das Mittel, den Boden für eine positive Reformthätigkeit zu bereiten. Wir brauchen aber die Liebe des freien Arbeiters, hüten wir uns daher, daß der Glaube sich Bahn bricht, den Arbeitern werde etwas ihnen Zukommendes vorenthalten. — Abg. Legien (soz.): Es ist eigentümlich, daß wir uns hier über so selbstverständliche Sachen, wie Organisation der Arbeit, drei Tage lang herumstreiten. Dagegen waren eigentlich nur zwei Großindustrielle, Stumm und Möller. Das genügt der Regierung. So groß ist der Einfluß der Großindustriellen. Der Bundesrat hat sich heute noch nicht einmal generell mit der Frage beschäftigt. Zuerst sollte die soziale Gesetzgebung die Sozialdemokratie vernichten, heute sieht man von ihr ab, weil sie der Sozialdemokratie Mittel zur Agitation gäbe. Der Arbeiter ist bei dem Ueberschuß an Arbeitskräften dem Arbeitgeber ganz machtlos ausgeliefert, wenn er sich nicht mit seinen Genossen zusammenschließt. Das wollen die Abgg. Möller und v. Stumm natürlich nicht. Herr Möller will nicht einmal den Arbeitsnachweis eingerichtet sehen. Sozialreform! Gut, lassen Sie den ganzen Krimskrams und geben Sie den Arbeitern statt dessen volle Koalitionsfreiheit. Die Umsturzvorlage wird uns, wird sie Gesetz, viele Anhänger zuführen. Heben Sie die Polizeigewalt auf, verhindern Sie die Eingriffe in das Vereins- und Versammlungsrecht, geben Sie den Arbeitern Einfluß auf die Gesetzgebung, demokratisieren Sie das Staatsleben — nur dann werden Sie der Sozialdemokratie Abbruch thun. — Darauf wird die Diskussion geschlossen. Das Haus nimmt sodann die Berichte der Wahlprüfungs-Kommission über eine Reihe von beanstandeten Wahlen entgegen.

Preußischer Landtag.

Das Abgeordnetenhaus beendigte am Donnerstag die Generaldebatte über den Eisenbahnetat und vertagte dann die Weiterberatung. An der Debatte, die sich um den Wegfall der 4. Wagenklasse, die Verkehrsaufgaben der Staatsbahnen, die Tariffrage, die Beamtengehalter ꝛc. drehte, ohne eine größere Bedeutung zu gewinnen, beteiligten sich noch die Abgg. Bueck (nat.-lib.), Irmer (kons.) und von Eynern.

Im Abgeordnetenhause wurde am Freitag die Beratung des Eisenbahnetats fortgesetzt. Abg. Pleß (Zentr.) trat für eine Reform der Personentarife ein. Der Finanzminister sah die Notwendigkeit einer solchen Maßregel zwar auch ein, die augenblicklichen Verhältnisse ließen aber ein näheres Eingehen auf den Gegenstand nicht zu. Es wurden dann noch einige Beschwerden und Wünsche laut, worauf die Weiterberatung vertagt wurde.

Von Nah und Fern.

Der Norddeutsche Lloyd hat die Summe von 100 Pfund als Belohnung für den Kapitän und die Mannschaft des Fischerbootes „Wildflower“, das die Geretteten der „Elbe“ aufgenommen hatte, angewiesen.

Ein Opfer der „Elbe“. Ueberaus erschütternd ist der Tod des mit der „Elbe“ versunkenen Sekundaners Karl Nußbaum, der bis vor kurzem ein Schüler des Prinz Heinrich-Gymnasiums in Berlin war. Vor einigen Jahren verlor er den Vater, der in einer Nervenheil-

---

Gekettet.

18 (Fortsetzung.)

Durch das Fenster bemerkte sie, wie Miß Fisher den Gartensteig zu der Buche entlang wandelte, wie sie sich neben Hugo niederließ und dieser sie lebhaft unterhielt, offenbar um Hilda vor Unterbrechung zu bewahren, denn sonst bemühte er sich nicht besonders um Miß Fisher, obwohl er ein gutes Einvernehmen mit ihr aufrecht hielt.

Endlich war die erste Seite geschrieben, die Bitte vorgetragen, es handelte sich nur noch darum, ihren Meinungswechsel wenigstens oberflächlich zu begründen. Ehe Hilda diese Aufgabe vollenden konnte, wurde sie durch den Obergärtner wegen eines Arrangements im Gewächshaus abgerufen. Sie deckte ein Löschblatt über den Brief und verließ mit dem Beamten das Zimmer. Die Beratung beschäftigte sie länger, als sie vermutet hatte. Kaum hatte sie ihre Ansicht endgültig abgegeben und schickte sich an, in das Schloß zurückzukehren, so kam ihr Wilberforx etwas erregt und eilig entgegen: „Missis, Lady Mildred Priestly! Sie erwartet Missis im blauen Zimmer.“

„Meine Mutter!“ rief Hilda, ihren Ohren kaum trauend und sich vor sich selbst schämend, daß sie die Ankunft der eigenen Mutter mehr verdroß, als erfreute.

„Aber warum haben Sie meine Mutter in das blaue Zimmer geführt, Wilberforx?“

Der Mann stammelte verlegen: „Lady Priestly wünschte Missis sofort zu sehen. Ich glaubte, Missis befänden sich in dem blauen Zimmer.“

Hilda eilte dahin. Ihr erster Gedanke galt dem Brief an Pierrepoint. Ihr erster Blick irrte zum Schreibtisch, wo der Brief offen lag. Vermutlich hatte ein Zugwind das Löschblatt fortgeweht; es lag an der Erde. Lady Mildred Priestly stand am Fenster, den Blick dem Garten zugewandt. Bei dem Oeffnen der Thür kehrte sie sich dem Inneren des Zimmers zu und schritt ihrer Tochter entgegen. Sie küßte sie herzlich und schaute ihr dann forschend ins Antlitz. „Habe ich dich erschreckt, Kind, oder sind deine Wangen wirklich so geblichen?“

„Ich erschrak,“ gestand Hilda, „du überraschst mich so.“

„O, du brauchst nichts zu fürchten; ich bringe keine schlechten Nachrichten. Ich begleitete deine Tante nach Broadstains, und bei unseren Wirtsleuten brachen die Masern aus. Du kennst meine Hasennatur in bezug auf Ansteckung. Kurz, ich reiste schleunigst ab. Erst unterwegs — ich benutzte einen Bummelzug — fiel mir ein, daß ich Cruxwold passierte. Ich hoffe, ich störe dich nicht allzusehr?“

„O Mutter!“ rief Hilda tiefer noch beschämt durch die entschuldigenden Worte der Mutter, fügte aber sogleich hinzu: „Du wirst mit meiner Gesellschaft vorlieb nehmen müssen, Pierrepoint . . .“

Lady Mildred unterbrach die Tochter. „Ich weiß, mein Kind. Zu meiner großen Freude ist mir auch mitgeteilt worden, daß dein Gatte dich nicht über Winter verlassen wird, wie vorwitzige Blätter meldeten.“

Ihre Blicke nach dem Garten richtend, fragte sie plötzlich: „Wer ist die Dame mit den gelben Haaren? Und weshalb erwähntest du Hugos Besuch nicht?“

„Ich schrieb wohl nicht, seit er hier ist. Die Dame ist eine Miß Fisher, welche ich gebeten habe, mir in Abwesenheit Pierrepoints Gesellschaft zu leisten. Wollen wir jetzt zu ihnen gehen? Nein? Gut, so möchte ich mit dir ein Quartier aufsuchen, das dir recht gefällt.“

„Am liebsten ein einfaches Zimmer in deiner Nähe, wenn du mich in der That einige Tage beherbergen willst.“

Hilda überhörte die letzte Bemerkung, bat dagegen ihre Mutter, eine Treppe hinauf ihr zu folgen, wo sie dann das erste Zimmer bewohnen könne, da sich in der unteren Etage keine Fremdenräume befänden.

Lady Mildred durchschaute sofort die große Veränderung, welche sich in Hilda seit ihrer Verheiratung vollzogen hatte, die vollständige Emanzipierung von dem mütterlichen Einfluß, und sie beschloß, so behutsam als irgend möglich aufzutreten, um vielleicht das verlorene Vertrauen der Tochter wiederzugewinnen. Sie war entzückt von den Räumen, welche Hilda für sie aussuchte, bewunderte mit ihr das ganze Schloß und ging darauf zu Hugo und Miß Fisher. Ersterer wußte sich in solchem Maße zu beherrschen, daß es sogar Miß Fisher entging, wie fatal ihm die Ankunft der Frau Tante war.

Im Laufe des Tages fuhren mehrere Damen der Nachbarschaft vor, um sich nach Mistreß Hayes umzusehen.

Lady Mildred bat die Tochter, sie heut zu dispensieren, die Besuche mit Miß Fisher allein zu empfangen; sie werde sich währenddessen mit Hugo unterhalten. Dieser ahnte, um welches Thema es sich handeln werde. An ein Entrinnen war nicht zu denken; er ergab sich also leise murrend in sein Schicksal.

„Setze dich zu mir,“ gebot die Tante mit erhobener Stimme.

„Ich danke,“ lautete die halblaute Antwort, „ich verstehe dich auch, Tante Mildred, wenn ich auf meinem Platz bleibe. Du brauchst deine Stimme deshalb nicht anstrengen; ich erfreue mich eines ganz guten Gehörs.“

„Wohlan. — Zunächst sei es klar zwischen uns. Du weißt, weshalb ich hier bin, weshalb ich den Trumpf ignoriere, den Hilda gegen mich ausspielte, indem sie eine bezahlte Gesellschafterin engagierte, während ich einsam und unbeschäftigt in London lebe. Ich habe vor ihr ein Märchen erfunden, um meinen Besuch zu erklären. Dir gegenüber ist diese Farce unnütz. Gestern abend verkündete uns Tenterden diese deine neue Thorheit; er hatte sie von einem Leutnant Hennessy. Deine Mutter und ich kamen darin überein, daß es nur ein Mittel gebe, deinem unsinnigen Streich vielleicht die Spitze abzubrechen. Dies Mittel ist meine Dazwischenkunft und deine sofortige Abreise. Weigerst du dich dessen, so werde ich hier bleiben, bis Pierrepoint zurückkehrt.“

Hugo errötete. „Es ist sehr hart, von den nächsten Verwandten so verkannt zu werden.“

Lady Mildred fuhr auf: „Du verkannt? — Ein ganz gewissenloser, leichtfertiger Mensch bist du dein Leben lang gewesen; daß du aber so weit gehen würdest, dich hier einzudrängen, unter

SLUB Wir führen Wissen. STADT BIBLIOTHEK BAUTZEN BUDYŠIN